

Aus der Krise lernen?

Juni 2020

DISKUTIEREN SIE MIT UNS!



LIEBE LESERINNEN UND LESEN,

die Corona-Pandemie brachte der deutschen Bevölkerung harte Einschränkungen ihrer Grundrechte. In der viel beschworenen Stunde der Exekutive stand der Schutz der individuellen Gesundheit und des Gesundheitswesens über allem. Die geringen Fallzahlen bestätigen diesen Weg. Auch der Rechtsstaat und die Demokratie sind stabil durch die Krise gekommen.

Richtig lebendig aber war der gesellschaftliche Diskurs über viele Wochen nicht. Das ändert sich langsam – und das ist gut so. Eine offene Gesellschaft braucht immer auch den Streit über den richtigen Weg, die Suche nach der besten Lösung. Diesen Prozess kann die Gesellschaft nicht der Politik allein überlassen.

Deshalb laden wir als Sächsische Landeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit der Aktion Zivilcourage e.V. (AZ) aus Pirna und der Technischen Universität Dresden Sie alle, verehrte Leserinnen und Leser, zur Debatte ein. Was können wir aus der Corona-Krise lernen? Diskutieren Sie in den nächsten sechs Wochen, vom 8. Juni bis 17. Juli, mit uns über die Folgen der Krise etwa für die Bereiche Wirtschaft, Gesundheit, Datenschutz, Bildung, Kultur, Kirche, Gleichstellung... Schicken Sie uns vorab Ihre Fragen oder schalten sich über unsere Website mit wenigen Klicks in einen digitalen Raum, wo Experten mit Ihnen die aktuellen Herausforderungen beleuchten werden. Wir freuen uns auf lebendige Dialoge!

Ihr Roland Löffler
Direktor Landeszentrale

Was wird aus dem Mittelstand?

Sachsens Wirtschaft besteht größtenteils aus kleinen und mittelständischen Unternehmen. Sie sorgen sich, dass Corona schwerwiegende Folgen hat.

Der Mittelstand ist Sachsens wirtschaftliches Rückgrat. 99,8 Prozent aller sächsischen Firmen sind laut aktuellem Mittelstandsbericht klein- bis mittelständisch. Über 1,16 Mio. Sachsen, also jeder vierte Arbeitnehmer im Freistaat, ist sozialversicherungspflichtig bei einem solchen Unternehmen beschäftigt. Sprich: Geht es dem Mittelstand schlecht, geht es auch Sachsen schlecht.

Corona hat die sächsische Wirtschaft hart getroffen. Zwei Drittel aller Unternehmen berichten von Umsatzrückgängen und Auftragsstörungen. Hinzu kommen Probleme mit nicht geliefertem Material und fehlendem Personal. Aber selbst jene, die bislang noch keine Rückgänge in den Auftragsbüchern und den Umsätzen haben, sorgen sich: Denn Kurzarbeit und allgemeine Verunsicherung der Bevölkerung ziehen Kauf- und Konsumzurückhaltung nach sich. So rechnet der Einzelhandel noch nicht einmal mit dem regulären Weihnachtsgeschäft Ende des Jahres.

Droht also der wirtschaftliche Abschwung? „Angst passt generell nicht in die Wirtschaft“, sagt Andreas Brzezinski, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Dresden. Gleichwohl betont er: „Wir stehen vor großen Herausforderungen.“ Seine Einschätzung: „Aus wirtschaftlicher Sicht sind wir im ersten Drittel der Krise. Viel hängt jetzt davon ab, wie die Politik die Weichen stellt. Gelingt es uns schnell, Bewegung in die Märkte zu bringen und den Unternehmen Zuversicht zu vermitteln? Und schaffen wir es vielleicht auch, Schwächen, die in der Corona-Krise offenbart wurden, über Bord zu werfen?“

Konkret meint Brzezinski damit die in seinen Augen übergroße Bürokratie, die über die Jahrzehnte gewachsen ist, etwa im Bau- und Planungsrecht, um nur ein Beispiel zu nennen.



Viele Unternehmen mussten während der Corona-Krise Kurzarbeit anmelden. Jetzt läuft vielerorts der Betrieb wieder. Wie sich die Krise langfristig auswirken wird, ist noch völlig offen. (Foto: Ingo Bartussek)

Auch die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge mache vielen Unternehmen zu schaffen, sagt er. Um die dauerhafte Rezession, also den Abschwung der Wirtschaft, aufzuhalten, haben Brzezinski und seine Kollegen von den sächsischen Handwerkskammern gemeinsam mit den sächsischen Industrie- und Handelskammern Leitlinien für ein eigenes Konjunkturprogramm des Freistaats erarbeitet. Ihre Forderung: Sachsen solle über etwaige Bundesprogramme hinaus Impulse setzen, um die heimische Wirtschaft schnell wieder auf Kurs zu bringen.

Digitalisierung und Heimarbeit

In dem Papier fordern die Kammern unter anderem die schnelle Wiederherstellung aller Grundfreiheiten im europäischen Binnenmarkt, die Unterstützung von privatwirtschaftlichen Investitionen sowie mehr Geld für die Modernisierung der Infrastruktur, etwa den Ausbau von Breitband-Anschlüssen und für die Digitalisierung.

Stichwort Digitalisierung: War die sächsische Wirtschaft bislang eher zurückhaltend, habe Corona regelrecht wie ein „Digitalisierungs-Boost“ gewirkt, sagt Sylvia Pfefferkorn. Die Inhaberin einer Werbeagentur in Dresden engagiert sich seit Jahren in dem Netzwerk „Wirtschaft für ein Weltoffenes Sachsen“, in dem rund 80 Unternehmen zusammenarbeiten. So kann sie von ganz unterschiedlichen Branchen berichten.

Aus ihrer Sicht bringen die Einschnitte durch Corona auch große Chancen mit sich. Etwa, wenn es um die Ausgestaltung der künftigen Arbeitswelt geht: „Was für Arbeitnehmer früher schwer durchzusetzen war, etwa die virtuelle Teamarbeit auch von zuhause, war während Corona auf einmal dringend erwünscht“, nennt sie ein Beispiel. Sie hofft, dass die schnelle Reaktion der Unternehmen im Bereich der Digitalisierung auch auf Verwaltungsprozesse abfärbt, so Pfefferkorn.

Ein Projekt von:



Sächsische Landeszentrale
für politische Bildung

In Zusammenarbeit mit:
TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DRESDEN



Aus ihrer Perspektive dürfen jetzt verschiedene Aspekte nicht vernachlässigt werden: Sachsens Wirtschaft braucht gute Fachkräfte, auch aus dem Ausland – die Bemühungen darum müssen für die Wettbewerbsfähigkeit fortgesetzt werden. Dazu gehöre, dass sich der Freistaat weiter welfoffen zeigt und der europäische Wirtschaftsraum gestärkt wird. Ganz praktisch müsse Sachsen außerdem weiter auf den Ausbau als Technologie-Standort hinarbeiten. „Vieles hängt jetzt auch von der Psychologie und durchaus auch von symbolischen Handlungen der Politik ab“, sagt die Unternehmerin. Dabei sieht sie den Osten der Bundesrepublik besser gewappnet: „Wir haben ja schon eine große Umbrucherfahrung, die Menschen hier sind viel offener für Veränderungen“, ist ihre These. „Da kann der Westen noch etwas von uns lernen.“

Peter Stawowy

Diskutieren Sie mit!

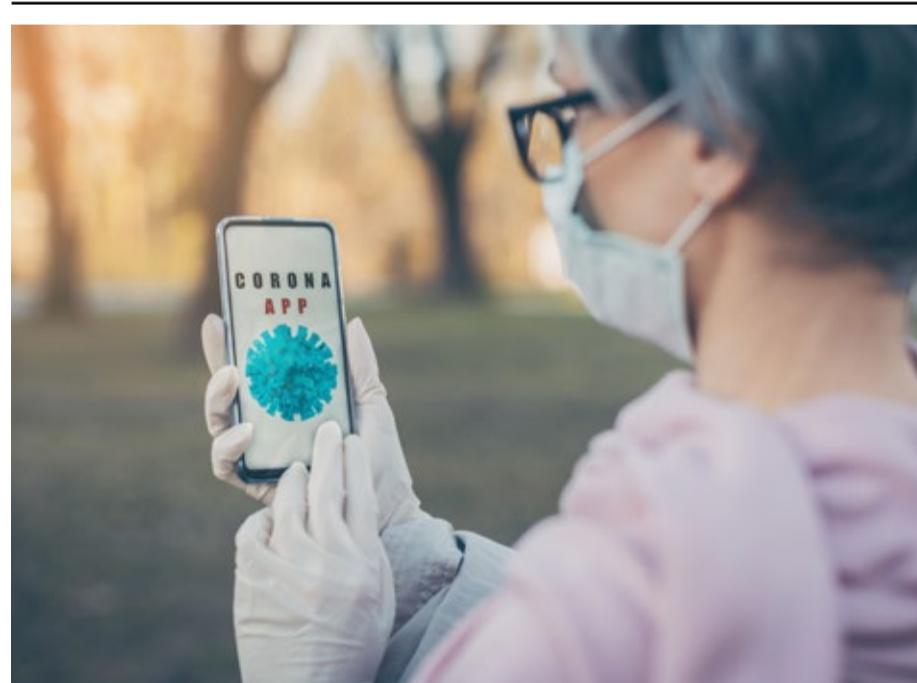
Was wird aus dem Mittelstand?

Schicken Sie uns Ihre Fragen vorab auf unserer Webseite [slpb.de](http://www.slpb.de). Nehmen Sie an den Live-Debatten teil und diskutieren Sie mit!

Webinar am 8.6.2020, 19–20:30 Uhr
Referent: Dr. Andreas Brzezinski, Hauptgeschäftsführer Handwerkskammer Dresden
Moderation: Dr. Roland Löffler

Webinar am 9.6.2020, 19–20:30 Uhr
Referentin: Sylvia Pfefferkorn, Wirtschaft für ein Weltoffenes Sachsen e.V.
Moderation: Alexandra Gerlach, Journalistin

Alle Infos: www.slpb.de



Die Planungen der Bundesregierung für eine Corona-App hat Datenschützer alarmiert. Inzwischen ist eine bessere, dezentrale Lösung gefunden. Aber kann die App wirklich helfen? (Foto: Kzenon)

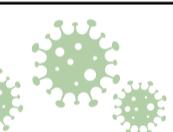
Der ursprüngliche Plan von Jens Spahn ist vom Tisch: Nach heftiger Kritik vor allem von Datenschützern lenkte der Bundesgesundheitsminister Ende April ein und veränderte den Auftrag für die beiden Firmen SAP und T-Systems, die die Corona-App programmieren. Die sogenannte Tracing-App wird also nicht alle Daten zentral speichern und auswerten, wie ursprünglich angedacht.

Die Idee hinter der App: Über die Smartphones könnte nachvollzogen werden, wer mit wem Kontakt hatte. Bei einer Neuinfektion könnten so schnell mögliche weitere Infizierte gefunden, untersucht und unter Quarantäne gestellt werden. Nur, so hatten Datenschützer die ers-

ten Planungen kritisiert: Wenn Bewegungsdaten und Informationen von allen Nutzern der App, also potentiell allen Bundesbürgern, gesammelt werden – was könnte sonst noch mit den Daten angestellt werden?

Nach einer Welle heftiger Kritik lenkte die Bundesregierung schließlich ein: Jetzt hat sie ein System bestellt, das dezentral und mit wechselnden Tagescodes arbeitet, so dass die eindeutige Identifizierung von Betroffenen unmöglich wird. Ortsdaten über GPS oder konkrete Kontaktinformationen darf die App jetzt nicht mehr erfassen – das war in den ursprünglichen Überlegungen anders. Im Falle einer Infektion bekommen in der nun geplanten Fassung die

Droht totale Überwachung?



Die Corona-App kommt. Experten sind sich einig: Die heftige Debatte über den Datenschutz hat das Schlimmste verhindert.

Geräte, die in der Nähe des Betroffenen waren und die App verwenden, einen Warnhinweis – nur versehen mit dem Zeitpunkt, wann und wie lange die beiden Smartphones mit der Corona-App einander „begegnet“ sind.

Die App braucht Vertrauen

„Der Ansatz für die App ist jetzt der bestmögliche“, sagt der Datenschutz-Experte Henning Tillmann. Er ist Software-Entwickler und Vorstandsmitglied im Verein D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt. Tillmann befasst sich seit Jahren mit dem Thema Datenschutz. „Mit den paar Daten, die dann gesammelt werden, kann der Staat faktisch nichts anfangen“, sagt er.

„Die Bundesregierung war allerdings in der Anfangsphase der Diskussion nicht gut beraten.“ Denn hätte man tatsächlich alle Daten auf einen zentralen Server verarbeitet, so Tillmann, wäre das eine riesige Angriffsfläche gewesen. „Die Debatte hat natürlich die Entwicklung verzögert, aber das ist ja auch die Stärke der Demokratie – dass man in der Debatte um die beste Lösung ringt.“ Dafür sitzt die Planung für die App in seinen Augen jetzt – zumindest, was das Thema Datenschutz betrifft.

Die Frage, ob die totale Überwachung droht, verneint er ausdrücklich. „Aber ob die App tatsächlich hilft, in Zukunft die schnelle Ausbreitung des Corona-Virus zu verhindern, kann man frühestens nach einiger Zeit im Einsatz sagen.“

Tillmann weist ähnlich wie sein Kollege Dr. Nikolai Horn vom Thinktank iRights.Lab darauf hin, dass die App nur funktionieren kann, wenn rund 50 bis 60 Mio. Deutsche sie auch nutzen. Dafür müssen sie dem Verfahren vertrauen. Aber, auch das steht fest: Die Nutzung wird freiwillig sein. Traditionell sind die Deutschen in Datenschutzfragen wesentlich zurückhaltender als manche andere Nation. Deswegen sind beide Experten sehr vorsichtig mit Erfolgsperspektiven.

Digitaler Mundschutz?

„Man weiß einfach nicht, ob das alles was bringt“, sagt Digitalisierungs-Vordenker Horn. Der Philosoph befasst sich viel mit ethischen Fragen der Digitalisierung. Er sei froh, dass die Diskussion über die Funktion der App zugunsten einer dezentralen Lösung ausgegangen ist – auch er spricht dieser Variante wesentlich größere Erfolgschancen zu. Ihn beschäftigt aber noch eine ganz andere, grundsätzliche Frage: „Ist die App als Mittel wirklich geeignet?“

In seinen Augen hat die laute Datenschutz-Diskussion von anderen zentralen Fragen abgelenkt. Viel wichtiger wäre seiner Ansicht nach die Debatte gewesen, in welchem Verhältnis das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gegenüber dem Schutz der großen Masse zurückstehen sollte. Sein Fazit: Die Digitalisierung hätte mal wieder als Allheilmittel für sämtliche Probleme herhalten müssen. Das ist

sie aber nicht. Möglicherweise, so Horn, führt nämlich die ganze Diskussion nun zu einem völlig unerwünschten Ergebnis: Was, wenn die App die Menschen sorgloser werden lässt und sie folglich wieder unvorsichtiger in den Alltag gehen? Dann würde die App fast wie ein „digitaler Mundschutz“ ein Sicherheitsgefühl vermitteln, obwohl es keine vollständige Sicherheit nicht gibt.

Peter Stawowy

Diskutieren Sie mit!

Corona-App und Datenschutz

Schicken Sie uns Ihre Fragen vorab auf unserer Webseite [slpb.de](http://www.slpb.de). Nehmen Sie an den Live-Debatten teil und diskutieren Sie mit!

Webinar am 11.6.2020, 19–20:30 Uhr
Referenten: Dr Nikolai Horn, iRights/
Henning Tillmann, D64
Moderation: Andreas Tietze, AZ Pirna

Webinar am 12.6.2020, 19–20:30 Uhr
Referenten: Dr Nikolai Horn, iRights/
Moderation: Alexandra Gerlach, Journalistin

Alle Infos: www.slpb.de

Verantwortlich für den Inhalt dieser Seite:

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLPB), Dr. Roland Löffler, Direktor, Schützenhofstraße 36, 01129 Dresden, www.slpb.de, buergerdebatte@slpb.smk.sachsen.de. Texte: Peter Stawowy, STAWOWY – Agentur und Verlag
Verteilerhinweis: Diese Information wird von der SLPB im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelferinnen und -helfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.